

**Erste Ordnung zur Änderung der
Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang
„Language, Text, and Information“ (LTI)
an der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 07.07.2009
vom 28.06.2021**

Aufgrund der §§ 2 Absatz 4, 64 Absatz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 01.12.2020 (GV. NRW. S. 1110), hat die Westfälische Wilhelms-Universität folgende Ordnung erlassen:

Artikel 1

Die Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang „Language, Text, and Information“ (LTI) an der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 07.07.2009 (AB Uni 2009/25, S. 1815 ff.) wird wie folgt geändert:

Der Prüfungsordnung wird folgender § 24 neu hinzugefügt:

„§ 24

Auslaufen des Studiengangs

- (1) Studienleistungen sowie prüfungsrelevante Leistungen (bzw. Prüfungsleistungen) einschließlich Wiederholungsprüfungen und prüfungsrelevante Leistungen nach einem Versäumnis oder nach einem Rücktritt können letztmals am 30.09.2022 (Ausschlussfrist) abgelegt werden.
- (2) Ein Thema für die Bachelorarbeit im Erst- oder Zweitversuch wird letztmals am 04.10.2022 (Ausschlussfrist) ausgegeben.
- (3) Der Bachelor-Studiengang „Language, Text, and Information“ (LTI) wird mit Wirkung zum 31.03.2023 aufgehoben.“

Artikel 2

- (1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) in Kraft.
- (2) Diese Ordnung findet Anwendung für alle Studierenden, die im Bachelor-Studiengang

„Language, Text, and Information“ (LTI) gemäß der Prüfungsordnung vom 07.07.2009 immatrikuliert sind.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Philologie (Fachbereich 09) vom 31.05.2021. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Münster, den 28.06.2021

Der Rektor

Prof. Dr. Johannes W e s s e l s